

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannstadt 33.  
Spezialdruck der Redaction:  
Bismarcktag 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.  
In der Küche eingerichtetes Manu-  
scripten- und Buchdruck-Verfahren  
ermöglicht die für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Texte an Wochenenden bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In der Filiale für Inf.-Anstalten:  
Otto Krumm, Universitätsstr. 22,  
Dresden, Katharinenstr. 15. p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Anlage 16,000.**  
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,  
incl. Frachtlohn 5 Rthl.,  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Schüler für Extrabeilagen  
ohne Postbeförderung 39 Rthl.  
mit Postbeförderung 45 Rthl.  
Zusatz 5 Ggr. Zeitungs- 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Tabellenfächer  
Bay nach höherem Tarif.  
Anzeigen unter dem Redactionstitel  
die Spaltenzahl 40 Pf.  
Zusätze sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postvorschuß.

Nr. 225.

Mittwoch den 13. August 1879.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Der am 1. August dieses Jahres fällige zweite Termin der Staats-Grundsteuer ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. September 1868 in Verbindung mit der durch das Gesetz vom 2. Juli 1878 gegebenen Veränderung nach

Zwei Terminen von jeder Steuerereinhelt zu ermitteln und werden die Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge nach der künftigen Grundsteuer, welche ebenfalls den 1. August, als 1. Termin dieses Jahres, nach Eins vom Kaufende des im Kataster eingetragenen Grundwertes fällig wird, von jenem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben an die Stadt-Steuer-Einnahme alhier — Stadt 51, Blauer Harnisch, 2. Stock — zu bezahlen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln wegen der Einnahme eintreten müssen.

Hierbei wird insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß nach §. 40 des Regulativs für die Gemeindeanlagen der Stadt Leipzig die Zahlung der künftigen Grundsteuer durch die Reclamation nicht aufgeschoben wird, vielmehr solche mit Vorbehalt der späteren Erstattung des zu viel Gezahlten zu dem bestimmten Termin zu erfolgen hat.

Leipzig, den 28. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Laube.

### Bekanntmachung.

Den Bericht der Stimmberechtigten wegen Abgabenrückstände betreffend.

Nach Vorschrift der Revidirten Städte-Ordnung §. 44 unter g sind von der Stimmberechtigung bei den Wahlen alle diejenigen Bürger, welche die Abrechnung von Staats- und Gemeindeabgaben, einschließlich der Abgaben zu Schul- und Armen-Cassen länger als zwei Jahre ganz oder theilweise im Rückstande gelassen haben, ausgeschlossen.

Unter Hinweis auf diese gesetzliche Bestimmung fordern wir daher auf Veranlassung der bevorstehenden Ergänzungswahl des Stadtverordneten-Collegiums alle Abgaben-Refikanten, welche davon betroffen werden, zur ungeschuldeten Abführung ihrer Rückstände auf.

Leipzig, den 7. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Rißke.

### Bekanntmachung.

Die von uns am 28. Juni d. J. zur Verpachtung vertheilte Feldparzelle Nr. 277 der Flur Gonschwitz ist für das darauf gethane Höchstgebot zugeschlagen worden und werden die übrigen Bieter hiermit in Gemäßheit der Verpachtungsbedingungen ihrer Gebote entlassen.

Leipzig, den 9. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann. Gerull.

### Bekanntmachung.

Die Universitäts-Bibliothek muß wegen Vornahme von Bauarbeiten Donnerstag, den 14. August, geschlossen bleiben.

Leipzig, den 12. August 1879.

Dr. Krehl.

### Bekanntmachung.

Nach den Festsetzungen des Herrn St. Rath Prof. Dr. Kolbe betrug die Densitrit der künftigen Normalwaage bei 0,443 specifischem Gewicht.

Leipzig, den 9. August 1879.

Die Deputation zur Gewerbesteuer.

### Der Rücktritt Bennigsen's.

Die bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen haben, wie wir schon mehrfach angedeutet, nicht nur für den leitenden Bundesstaat, sondern für das ganze Reich eine ungewöhnliche Bedeutung. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß dem preussischen Volke so viel politische Einsicht inne wohnen werde, um dem vom Reichstagsparlament mit rückhaltloser Energie eingeleiteten Verfassungsproceß im Parteilichen der Gegenwart einen Damm entgegen zu stellen. An dem liberalen und nationalgefühnten, auf seine Unabhängigkeit bedachten Bürgerthum wird es sein, sich jetzt zu sammeln, „alle Mann“ an Bord zu rufen, um in sicherer Fahrt den ersehnten Hafen zu erreichen. Eine geschickte und entschlossene Hand hätte uns in den hochgehenden Wogen des Parteilampfes dringend noch gethan; um so mehr müssen wir bedauern, daß der Mann, welcher durch sein Talent, seinen Charakter und sein staatsmännisches Geschick vor Allem, sagen wir allein, dazu berufen wäre, am Steuer zu stehen, uns seine directe Mitwirkung durch Ablehnung der Führung des gemäßigt liberalen und entschloffenen nationalen Bürgerthums verweigert. Rudolf v. Bennigsen, die Seele unserer Partei, unser Stolz und unsere Hoffnung für die Zukunft, wird, wie bestimmt verlautet, bei Seite rücken und dem Wahlkampfe gänzlich fern bleiben. Es ist leider nicht mehr daran zu zweifeln, daß der Entschluß dieses genialen Mannes, sich ins preussische Abgeordnetenhaus nicht wiederzuwählen zu lassen, unabänderlich ist. Er hat nicht einmal der auf diese Wahlen bezüglichen (10) Versammlung seiner nächsten Landesleute und Parteifreunde in Hannover beigewohnt, sondern ist wenige Tage früher nach Italien abgereist. Das Reichstagsgesammt niederzulegen, hat er dagegen noch nicht beschlossen, mithin, nicht definitiv aller politischen Thätigkeit zu entsagen. Dies würde einem Manne seiner Art in der Unglücksstunde des deutschen Liberalismus gewiß auch innerlich wohl schwer fallen. Als einst Georg v. Bismarck, angeblich um sich ganz der Erziehung zweier reicher Mädel zu widmen, in Wahrheit aber aus zeitweiligem Eitel an der Politik, die nicht nach seinen Wünschen gegangen war, das parlamentarische Spiel verließ, waren die jüngeren Liberalen, zu denen auch der damalige Führer der hannoverschen Opposition gehörte, einzig in lauter Bewunderung eines Actes, der die willkürliche, launenhafteste Auffassung von der Treuepflicht hervorragender Volksvertreter gegen Partei und Land zu verwerthen schien. Herr v. Bennigsen dachte schwerlich, damit für immer auf eine Führerrolle verzichtet zu haben. Thatsächlich indes erlangte er sie seitdem nie wieder. Man kann ja im preussisch-deutschen Staate heutzutage noch leblich durch das Vertrauen der Krone, d. h. also durch bedeutende Befehle im Oeere, in der Diplomatie oder in der Verwaltung Minister und selbst Ministerpräsident oder Reichskanzler werden. Aber es wird doch auch immer mehr sich zur Regel ausbilden, daß dem Ministeramt parlamentarische Thätigkeit und Dienst in einer größeren Partei voraussetzen muß. Darum giebt, wer sich dem allerdings oft unerquicklichen und wenig lohnenden Parteidienst entzieht, nur zu leicht die Aussicht auf eine politische Laufbahn überhaupt auf. Man mag nicht mit Unrecht oft über den Mangel an williger, selbstverleugnender Nachfolge, dem die deutschen politischen Führer bei ihren Parteien begegnen, aber die Parteien haben ihren Führern gegenüber nicht bloß Pflichten, sondern ebenfalls Rechte, und dazu gehört vor Allem das Ansehen in schlechten, bedrückten Tagen. Herr von Bennigsen, der seine glänzende parlamentarische Carriere vielleicht unter den trübsten Umständen begonnen hat, die

je einem jungen Politiker beschieden waren, ist auch hinterher durch Glück nicht so vernachlässigt worden, daß er in oppositioneller Rinderheit nicht sollte existiren können! Während des Uebergangs aus der einen in die andere Lage mag ihm wie uns Allen der augenblitzige läche Wechsel schwer fallen, aber etwas Unabwägbares liegt doch in seinem Sinne darin. Insofern eine etwas verlängerte Pause und die Enthaltung von der einen Hälfte des ohnehin aufreibend langen Parlamentsdienstes ihm den Eintritt in die neue Situation erleichtern mag, werden alle Parteigenossen recht wohl mit dem verdienten Führer beides gönnen, zumal da der Posten, welchen er im Abgeordnetenhaus innehatte, nicht sowohl der Partei als dem ganzen Hause zu Gute kam; es bleibt aber immerhin zu bedauern, daß dem preussischen Volke und unserer Partei die directe Einwirkung dieses Mannes in dieser schweren Stunde verweigert bleibt. Wäre die vielgeliebte, angeblich die der obersten Leitung entbehrende Partei nun selbst so klar und einflussvoll, so ernst und geschlossen in Palanztreten, wie das deutsche Volk in seiner Wehrheit es erwartet, um den Kampf mit Ehren und mit Erfolg zu bestehen!

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 12. August.

Das sonst unter Hochdruck arbeitende Räderwerk der Diplomatie ist — während höchsten und Staatsmänner, von der Last der Geschäfte „entladen“, in Heilquellen, auf Reisen oder in Sommerfrischen sich „gesund haben“, um neuen Anstrengungen gewachsen zu sein — fast gänzlich in Stillstand geraten. Die Herren haben die Weltgeschichte in die Ferien geschickt und Rio läßt, nachdem ihr der Griffel entfallen, den Blick auf ein leeres Blatt fallen, um ein melancholisches „dum perdidit“ auszurufen. Die Abwesenheit der Staatsmänner Bismarck und Andrassy kennzeichnet am besten den durchs unpolitischen Charakter der stattgefundenen Entreise der beiden Kaiser von Deutschland und Oesterreich, der deshalb in politischen Kreisen auch weniger Beachtung geschenkt wird, als dem fast ostentativen Verbleiben des Kaisers von Rußland, der auch trotz aller früheren Ankündigungen während der preussischen Manöver nicht nach Königberg kommen wird, um seinem kaiserlichen Oheim einen Besuch abzustatten. Die Versöhnung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Fürsten Gortschakoff, welche in der letzten Zeit eher zu abgenommen hat, ist tiefgreifend genug, um selbst die persönlichen freundschaftlichen Beziehungen der beiden Souveräne für einige Zeit in den Hintergrund treten zu lassen. — Der in Berlin angekommene rumänische Minister Dorecsku bezweckt, wie berichtet wird, auf seiner Rundreise bei den europäischen Cabineten nicht nur Aufklärungen über die Stellung des neuen rumänischen Ministeriums zu der Judenfrage zu geben, sondern auch für eine Lösung der Arab-Libia-Frage im Sinne der Wünsche Rumäniens zu wirken. Am Sonntag Abend hat sich Minister Dorecsku mit seinem Secretair v. Albede von Berlin nach St. Petersburg weitergegeben.

Tatlosigkeit im politischen Leben pflegen sich gründlich zu rächen. Die „Berliner Volkszeitung“ kann jetzt ein Lied davon singen, denn die Verurtheilung des Blattes in Bezug auf seine demagogische Tendenz ist eine allgemeine. Man schreibt uns aus Berlin vom Montag: „Die Proteste gegen die von der hiesigen „Volks-Zg.“ ausgesprochene Erklärung, daß bei einer Stichwahl zwischen einem Conservativen und einem Socialdemokraten dem Letzteren der Vorzug zu geben sei, wehren sich zusehend, und zwar in anerkannt fortschrittlichen Blättern. Nach dem Vorgange der

„Kieler Zg.“, welche einen aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Feder des Hg. Hanel kommenden sehr scharfen Leitartikel gegen das gefährliche Gerede der „Volks-Zg.“ enthält, veröffentlichte gestern die hiesige „Bürger-Zeitung“ eine sehr energische Verwahrung gegen die obige Erklärung der „Volks-Zg.“, welche von der reactionären Presse weitlich ausgedehnt wurde und mit der ganzen politischen Haltung der „Volks-Zg.“ gegenüber der Socialdemokratie in entschiedenem Widerspruch stehe. Der fragliche Artikel verdient um so mehr Beachtung, als er, wie wir anzunehmen Grund haben, der Feder eines früheren langjährigen Redactors der „Volks-Zeitung“ entsammt.“

Hochdem Dr. Falk, einer der besten und charaktervollsten Männer, die sich um das Reich verdient gemacht, aus dem politischen Leben herausgedrängt worden ist, macht unter der „Kera Pult-lampe“ die kirchliche Reaction in Preußen Fortschritte mit Siebenmeilenstiefeln. Man schreibt uns aus Berlin: „Den Verhandlungen der General-Synode sieht man mit großer Spannung entgegen, weil dieselben den neuen Cultusminister zwingen werden, Farbe zu bekennen. Die reactionäre Zusammenkunft der Synode ist an sich wenig vertrauenswürdig. In neuester Zeit aber drängen die Parteiführer des Centrums, daß die General-Synode durch bestimmte Beschlüsse gegen die Eivliche Gesetzgebung, gegen das Schul-aufsichtsgesetz, überhaupt gegen die Fall'sche Unterrichtsverwaltung das Bündniß zwischen evangelischen Orthodoxen und Ultramontanen vollständig befestige und in diesem Sinne eine Einwirkung auf die Gesetzgebung versuche. — Die von der „Post“ aus Königberg gebrachte Nachricht, daß an Stelle des verstorbenen General-Superintendenten Röll der christlich-socialen Hulprediger Stöcker zum General-Superintendenten für Ost- und Westpreußen ausersehen sei, wird der „Nat.-Zg.“ mit dem Bemerkens bestätigt, daß sich die Vorschläge des evangelischen Oberkirchenraths allerdings in dieser Richtung bewegen. Ob die Vorschläge noch im Schooß des Oberkirchenraths ruhen oder bereits an den Cultusminister gelangt sind, steht noch dahin. Für die veränderte Haltung des Oberkirchenraths, der noch im Februar d. J. die christlich-socialen Agitationen Stöcker's so entschieden verurtheilte, zu dessen Mitgliedern aber freilich inzwischen die Hulprediger Röll und Baur ernannt worden sind, ist der Vorschlag Stöcker's zum Nachfolger kein, ob der neue Cultusminister mit der Bestätigung des Vorschlags des Oberkirchenraths seine neue Aera inaugurirt.“

In Preußen soll abermals ein Ministerwechsel bevorstehen. Da alle gesetzlichen Vorkarbeiten für die Ausführung der deutschen Verfassung erledigt sind, so wird dem Landtage in der nächsten Session und dem Justizministerium gar keine Vorlage zugehen. Der Justizminister Dr. Leonhardt hat schon seit längerer Zeit wiederholt seine Absicht erklärt, nach dem Austritt der Reichsjustizgerichte sich in den Ruhestand zurückzuziehen. Seinem Nachfolger würde von organisationsrechtlichen Arbeiten nur noch die vorbehaltene Rotariatsordnung zu fallen. Wie man hört, hat der jetzige Unterrichtssecretair im Justizministerium, Dr. v. Schelling, am meisten Aussicht, die Erbschaft Leonhardt's anzutreten. Herr von Schelling ist bekanntlich ganz frei von „liberalisirenden Neigungen.“

Eine mit der Neuordnung der Dinge in Schleswig-Holstein seit der Annexion an Preußen eng verknüpfte Persönlichkeit scheidet aus dem Rufe. Der Oberpräsident v. Scheel-Vlesken nimmt mit folgender Ansprache von den Beamten und Bewohnern der Provinz Schleswig-Holstein Abschied: „Der Königliche Majestät haben mich auf mein allerniedrigstes Gesuch, zu welchem ich mich

unter den obwaltenden Umständen durch die Rücksicht auf mein schon vorgerücktes Lebensalter habe veranlaßt sehen müssen, von dem mir allergnädigst übertragenen Amte als Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Curator der Universität Kiel vom 1. August d. J. ab in Guben zu entbinden geruht. Auf dringenden Rath meines Krates habe ich aber für den laufenden Monat um Urlaub zum Gebrauch einer Badekur in Karlsbad bitten müssen und bin ich, da ich von dort zum 1. September nicht werde zurückgekehrt sein können, von den betreffenden Herren Ministern ermächtigt worden, unter Vorbehalt meines definitiven Aufschiedens aus dem Staatsdienste zum 1. September, meine Geschäfte schon jetzt abzugeben. Indem ich daher jetzt schon aus meinen Aemtern ausscheide, folge ich einem Drange meines Herzens, indem ich allen Beamten und sonstigen Bewohnern der Provinz, welche mir während meiner Amtsführung mit Vertrauen entgegengekommen sind und mir dieselbe dadurch wesentlich erleichtert haben, meinen tiefgefühlten Dank ausspreche und meinem lebhaftesten Wunsch für das fernere Wohl der geliebten Heimatprovinz in der zum Theile derselben hergestellten innigen Verbindung mit Preußen und dem deutschen Reiche Ausdruck verleihe. Kiel, den 5. August 1879.“

In Angelegenheit der Reichsmarine wird der „N. Z.“ vom 7. d. M. „Von der Oseele“ geschrieben:

„Die durch das letzte Kriegsgeschick erfolgte Verwundung des Contre-Admirals Batsch zu sechs Monaten Gefängniß, welche durch die Gnade des Kaisers in sechs Monate Freiheitshaft verwandelt wurde, hat in allen fernmännischen Kreisen ganz unlegbar eine entscheidende Billigung gefunden. Der Admiral Batsch gilt mit vollem Recht allgemein als ein sehr tüchtiger, schneidiger Seemann, von dem unsere Flotte noch die besten Dienste erwarten darf; aber eben so allgemein ist man zugleich auch der Ansicht, daß es eine übermäßige Willkür und überflüssige Verwegenheit von ihm war, in einem so engen und wegen der so sehr vielen bezeugten Schiffe, denen beständig auszuweichen werden mußte, auch gefährlichen Fohrtwasser, wie der Canal längs der englischen Küste ist, in einer so eng zusammengebrängten Schiffsordnung mit vier schweren Panzerschiffen, von denen, wie bekannt, der König Wilhelm wegen seiner Uebergröße nur schlecht dem Steueruder geordnet, fahren zu wollen, wie Dies leider von ihm geschehen ist. Dieser entschiedene Mißgriff verdient mit vollem Recht auch eine gebührende Strafe, wie sie Admiral Batsch jetzt auf der Festung Friedrichsberg bei Kiel erleiden muß. Demit hofft man aber auch diese Sache abgethan zu sehen und w'berdriest entschieden der Ansicht, daß der Admiral Batsch nach verbüßter Strafe nun auch um seine Pensionirung eintommen müsse und werde. Der Admiral ist noch ein kräftiger und an Körper wie Geist sehr tüchtiger Mann, der seinem Vaterland und dessen Flotte noch lange Jahre die besten Dienste leisten kann und soll, nicht aber seine Zeit in erzwungenem Mühsal vergeuden darf. Wobin soll es auch führen und welche vollständig nutzlosen pecuniären Ausgaben erwachsen der ohnehin schon nur zu hart in Anspruch genommenen Casse des deutschen Reiches, wenn alljährlich mehrere noch junge kräftige Admirale pensionirt werden, wie Dies in den letzten Monaten bereits mit dem Vice-Admiral Hank und dem Contre-Admiral Berner geschehen ist? Deutschland bringt gern die nicht geringen Opfer an Geld wie Menschen, die für ein kriegstüchtiges Gedeihen seiner jungen Kriegsmarine einmal unumgänglich erforderlich sind; aber wir haben auch ein volksthümliches Recht, mit aller Entschiedenheit zu verlangen, daß in Allem und Jedem dabei eine vernünftige Sparsamkeit beobachtet und, besonders auch durch unnütze Pensionirungen, kein Geld vergeudet werde.“

Eine Sensationsschmerzhaft ersten Rang brachte gestern Abend der Telegraph. Graf Andrassy hat seine Entlassung gegeben. Der „Veiter Lloyd“ übertrug die „Welt“ damit. Bei den bekannten Beziehungen dieses Blattes zu der österreichisch-ungarischen Regierung, insbesondere aber bei der Freundschaft, welche den Chef-